

Protokollauszug

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19.09.2024

TOP 5.2. Angebote „Frühe Hilfen im Kreis Segeberg“

zur Kenntnis genommen

DrS/2024/190

Frau Andresen führt in die Vorlage ein. Auf Seite drei bestehe ein Fehler in den Zahlen der Schutzengelgelder. Die korrigierte Tabelle werde dem Protokoll angehängt.

Frau Saggau erklärt, dass das Schutzengelprojekt elementar und gute präventive Arbeit sei. Es sei immer genehmigt worden, weil es eine gute Sache sei. Es sei aber nie drüber nachgedacht worden, ob die Mittel ausreichend seien. Diese seien nie erhöht oder angepasst worden. Wenn die Folge daraus sei, dass die Diakonie keine Anträge mehr stelle, dann sei dies ein No-Go. Sie erkundigt sich, was die Politik machen könne, damit sich die Diakonie nicht rausziehe.

Frau Terschüren antwortet, dass dafür Sorge getragen werden müsse, dass andere Träger bei weiteren Angeboten nicht auch noch abspringen würden. Dabei stelle sich die Kostenfrage. Im Bereich der Frühen Hilfen treffe es den Kreis besonders hart. Ein Faktor sei aber auch, dass die nötigen Fachkräfte fehlen würden. Die Attraktivität sinke durch die jährlichen Antragserfordernisse mit den entsprechend befristeten Stellenangeboten zudem. Dies alles sei in dieser Arbeitsmarktsituation kaum attraktiv.

Frau Schultz erkundigt sich zu den Jahreszahlen. Für das Jahr 2024 habe die Diakonie entschieden, keine Anträge auf Zuwendungen aus dem Landesprogramm mehr zu stellen. Nach den erfolgten Redebeiträgen höre es sich an, als wenn dies der Fall für 2025 sei. Sie erkundigt sich, wer die Trägerschaft in 2024 innehatte.

Frau Andresen antwortet, dass es für 2025 die Frühen Hilfen seien. Sie hätten in 2024 die Projekte im Rahmen der Schutzengel beantragt. In diesem Bereich ein bereits geleistetes Projekt der Diakonie an den Träger der Lebenshilfe übergangen. Der Träger Bildungswerk habe ebenfalls zwei Projekte in 2024 übernommen. In 2024 habe sich dementsprechend bereits Bewegung ergeben. Jetzt seien es insbesondere die Gelder der Bundstiftung der Frühen Hilfen, die Ende 2024 ausliefen und ebenfalls wegfielen.

Herr Pohlmann erkundigt sich, was mit dem Landesförderprogramm Schutzengel sei und ob dies weiterlaufe. Außerdem erkundigt er sich, wie wahrscheinlich es sei, dass das Programm mit dem Geld vom Land weiterlaufen könne.

Frau Andresen antwortet, dass sie diesbezüglich noch keine Rückmeldung habe. Es müsse die Haushaltssituation abgewartet werden. Sie habe noch nicht gehört, dass in diesem Bereich über Konsolidierung nachgedacht werde und vom Land habe es auch noch keine Richtung gegeben. Die Frühen Hilfen gebe es schon länger und sie seien gut etabliert. Es sei wissenschaftlich belegt, dass diese effizient seien und etwas bringen. Sie gehe daher davon aus, dass kluge Entscheidungen diesbezüglich getroffen würden.

Frau Schultz erklärt, dass dies eine schwierige Situation für die Kreispolitiker*innen sei. Es müsse eigentlich finanziell nachgesteuert werden. Es stünden jedoch die Haushaltsvorberatungen vor der Tür und es gebe schon erste prognostizierte Zahlen. Es wäre gut, wenn es für diese Hilfeform eine Größenordnung geben würde. Frau Saggau regt an, einen Brandbrief an die Landesregierung zu schreiben. Jeder wisse, wie wichtig das Thema sei, aber so würde nochmal wachgerüttelt werden. Es sei wichtig, dass dies nicht zum Erliegen komme.

Herr Pohlmann schlägt vor, den TOP Frühe Hilfe auch in der ersten Sitzung im Jahr 2025 nochmal zu behandeln. Er habe ausgerechnet, dass es insgesamt um 250.000 € gehe. Ein markanter Punkt sei, dass vorgegeben sei, dass das Jugendamt eine halbe Stelle für die Verteilung dieses Geldes vorhalten müsse. Es gebe glücklicherweise ein paar Träger, die bereit seien, weiter zu machen. Es gebe einen Träger, der nicht weitermachen wolle und dadurch könne es passieren, dass es in einer Region im ersten Halbjahr keine Angebote gebe. Es könne jedoch keine zielführende Lösung gefunden werden, solange unklar sei, wie sich die Hauptfinanzierer verhalten.

Frau Saggau erwidert, dass es gar nicht erst zu einer Einstellung oder einer Unterversorgung kommen dürfe. Sie wisse, dass es schwierig sei, etwas zu machen, ohne den Haushalt zu kennen. Sie müssten jedoch aktiv werden, weil Sie als Politikerin zusammen mit der Verwaltung und dem Ausschuss das Jugendamt seien.

Herr Pohlmann bestätigt dies und erklärt, dass im Oktober die Haushaltsberatungen stattfinden werden. Das Bewusstsein sei nun geweckt. Er ruft alle Fraktionen auf, dass sich dafür eingesetzt wird, Gelder einzuwerben.

Herr Kohlmorgen stellt heraus, dass die Diakonie es laut Bericht aus Geldgründen nicht mehr weitermache. Alle Träger würden Geld benötigen, es gebe jedoch keine Zahlen für eine Entscheidung. Es werde zunächst eine Vorlage damit benötigt, um entscheiden zu können.

Frau Prohn erklärt, dass es sich darstellt, dass an dem ganzen System etwas geändert werden müsse. Insbesondere, wenn Fachkräfte fehlen würden wegen befristeten Verträgen.

Frau Saggau schlägt vor, dass Frau Kristoffersen Stellung beziehen solle. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Frau Kristoffersen erklärt, dass sie für alle drei Träger sprechen könne. In den Verwendungsnachweisen könne man sehen, dass die Mitarbeiter*innen immer weniger Stunden arbeiten würden. Aktuell müssten diese überlegen, ob sie damit auskämen oder sich etwas Anderes suchen müssten. Es könne somit weniger angeboten werden. Es würden sehr viele Familien regeneriert werden, obwohl wenig Werbung gemacht werde. Es gebe in einem Eltern-Kind Angebot ein Elterntreff. Dieses enthielt bis vor kurzem 24 Kleinkinder in einem Raum von 50 m² und ungefähr 1,5 Eltern pro Kind. Dies seien knapp 50 bis 60 Personen in einem Raum. Dies könne eine einzelne Kraft nicht mehr alleine leisten. Die Eltern gingen eher, weil der Lärmpegel zu hoch sei und sie sich z.B. nicht gesehen fühlen. Es würden darauf nun zwei Eltern-Kind Kurse gemacht. Sie seien gute Träger, die im Hintergrund andere Mittel hätten, um sich sehr zu engagieren. Es würde z.B. über die Kirchensteuer versucht, dies aufzufangen. Zudem werde von den Eltern Geld genommen. Eine aktuelle Studie besage, dass Eltern, die ein Eltern-Kind Angebot besucht hätten, besuchen tendenziell über ihr Leben weitere Angebote. Dies sei günstiger als andere Hilfen. Sie seien für diese Arbeit da und lägen Herzblut rein, aber das Geld bleibe gleich und dadurch werde strukturell gekürzt.

Frau Terschüren erwähnt, dass die Stelle für Frühe Hilfen beim Kreis seit Anfang des Jahres unbesetzt sei. Die Kolleg*innen übernahmen diese Stelle aktuell komplett. Dafür bedankt sie sich.

Anlage 1 DrS 2024-190_Korrektur Tabelle